

ASEAN am Scheideweg

Gipfeltreffen in Philippinen: Die Staaten des Blocks suchen nach Lösungen für die Energiekrise und streben nach Souveränität gegenüber Washington

Von Satyajeeet Malik

Die Bedrohung durch die globale Energiekrise hing über dem dreitägigen ASEAN-Gipfel, der am Freitag in der zentralphilippinischen Stadt Cebu zu Ende ging. In seiner Eröffnungsrede hatte der philippinische Staatschef und derzeitige ASEAN-Vorsitzende Ferdinand Marcos jr. eine koordinierte Reaktion auf die Krise gefordert. »Wir müssen die regionale Energiesicherheit und Widerstandsfähigkeit gewährleisten«, sagte er und fügte hinzu, dass der ASEAN-Verbund dazu »die Koordination stärken und die Vorsorge verbessern muss«. Laut einer vom Vorsitz veröffentlichten Erklärung trafen sich am Donnerstag die Wirtschaftsminister der ASEAN-Staaten und »legten praktische, konkrete Maßnahmen« fest, um nicht nur Energie-, sondern auch Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Der Vorschlag beinhaltet die Diversifizierung von Lieferanten und Transportwegen sowie die Entwicklung eines Krisenkommunikationsprotokolls.

Allerdings bleibt die Koordinierung problematisch, da der Block der elf Länder von großen Differenzen geprägt ist und es an einer zentralen Autorität mangelt, die die Einhaltung der ASEAN-Vereinbarungen und -Initiativen gewährleisten könnte. Darüber hinaus hat das Bestreben vieler Mitgliedstaaten – darunter Malaysia, Indonesien, Vietnam, die Philippinen und Myanmar –, russisches Öl zu beziehen, die gemeinsamen Bemühungen zusätzlich erschwert. Die ASEAN-Staaten haben separate Maßnahmen unternommen, um unter Ausnutzung einer vorübergehenden Ausnahmeregelung der US-Sanktionen Öllieferungen aus Moskau zu beziehen. Laut Chester Cabalza, Gründer und Präsident des in Manila ansässigen Thinktanks »International Development and Security Cooperation«, könnte dieser Schritt zu einer »Neugestaltung regionaler Allianzen« führen.

Da die Energiekrise beim Gipfeltreffen im Mittelpunkt stand, traten andere Themen in den Hintergrund, darunter der maritime Disput mit Beijing im Südchinesischen Meer, der für die Philippinen ganz oben auf der Tagesordnung stand. In dem Land befinden sich elf US-Militärstützpunkte – die Philippinen sind ein integraler Bestandteil der sogenannten First-Island-Chain-Strategie (deutsch: Strategie der ersten Inselkette) der USA zur Einkreisung Chinas. Beim jüngsten Gipfeltreffen konnten jedoch keine konkreten Fortschritte in dieser Frage erzielt werden, abgesehen von einer Absichtserklärung der Mitgliedstaaten, sich um »einen wirksamen und substantiellen Verhaltenskodex im Südchinesischen Meer zu bemühen«. Die Verhandlungen über einen vom ASEAN-Verbund und China vorgeschlagenen Nichtangriffspakt kommen bereits

seit mehr als einem Jahrzehnt zu keinem Ergebnis, insbesondere aufgrund der Einmischung Washingtons.

Der einzige nennenswerte Höhepunkt des Gipfels war die gemeinsame Erklärung Thailands und Kambodschas, in der sie sich nach dem Grenzkonflikt im vergangenen Jahr zu einem dauerhaften Frieden verpflichteten.

Während die ASEAN-Staaten mit internen Widersprüchen und einer Energiekrise zu kämpfen haben, geht die größte Bedrohung für die Souveränität des Blocks von den USA aus. Der 1967 inmitten des Vietnamkriegs gegründete Verbund wurde als regionales Wirtschaftsprojekt konzipiert, basierend auf antikommunistischen Grundsätzen, angesichts der starken Welle des Antiimperialismus und der kommunistischen Guerillabewegungen in Südostasien. Die wirtschaftliche Partnerschaft von Washington mit den Ländern des Blocks wurde begleitet von der Errichtung von US-Militärstützpunkten und zahlreichen antikommunistischen Massakern in der Region. Die Hegemonie der USA in Südostasien wird jedoch durch den wachsenden wirtschaftlichen Einfluss Chinas in Frage gestellt, was den Ländern einen gewissen Handlungsspielraum verschafft.

Vor diesem Hintergrund schließt Washington derzeit bilaterale Abkommen mit einzelnen Mitgliedstaaten, was den Verbund durch die Auferlegung monetärer Unterordnung untergräbt. So verpflichteten sich Malaysia und Thailand im Rahmen dieser »Mini-Plaza-Abkommen« genannten Deals im vergangenen Jahr, dem US-Finanzministerium halbjährlich Devisendaten zu übermitteln. Die Verträge kommen zu einer Zeit, in der die Vorherrschaft des US-Dollars in Frage steht, da immer mehr Länder nach alternativen Währungen für ihre Handelsabwicklungen suchen. Sobald aber eine Zentralbank beginnt, Devisendaten an das US-Finanzministerium weiterzugeben, gerät sie faktisch in dessen Einflussbereich und liefert Washington die Informationen, die erforderlich sind, um Muster der Sanktionsumgehung oder jeglichen Versuch aufzudecken, wirtschaftliche Souveränität gegenüber dem US-Dollar zu erlangen. Jede regionale Verlagerung hin zur Abwicklung in chinesischen Renminbi bleibt damit beobachtbar und sanktionierbar.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522300.gipfeltreffen-in-philippinen-asean-am-scheideweg.html>